

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/172

Bonn, den 9. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Gate-Vorsätze .. und was dann ?	62

Die Sach- und Personalprobleme der CDU/CSU

Von Fritz Stallberg

2	Sorgen des "linken Flügels"	35
---	-----------------------------	----

CDU-Sozialausschüsse an der Klagenauer

3	"Einarmige Banditen"	41
---	----------------------	----

Münzspiel-Automaten auch in der Bundesrepublik "an Fock"
"Geschäft des Tages mit dem Groschen"

4 - 5	Spaniens katholische Kirche in Bewegung	85
-------	---	----

Öffentliche Diskussionen über die Rolle der Kirche im Staat
ist nicht mehr aufzuhalten.

Von unseren FD-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

Gute Vorsätze... und was dann?

Die Sach- und Personalprobleme der CDU/CSU

Von Fritz Stallberg

Es ist sicherlich ein begrüßenswertes Vorhaben der CDU/CSU, nun mit Vorrang dringende Sachprobleme lösen zu wollen. Das ist insbesondere dann begrüßenswert, wenn eben diese Sachprobleme trotz ihrer Dringlichkeit immer wieder vertagt wurden. Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sich am Donnerstag zur Vorrangigkeit der Sachprobleme bekannte, hat nun also immerhin gute Vorsätze. So weit, so gut. Auch in diesem Fall wird man abwarten müssen, was aus den Vorsätzen wird.

Auch eine zweite These, die aus der Sitzung des Fraktionsvorstands der CDU/CSU bekannt wurde, ist durchaus vernünftig. Ministerwechsel sollen erst dann vorgenommen werden, wenn sie zur Lösung von Sachfragen notwendig sind, wurde gesagt. Wie aber stellt sich gerade dann die Lage im Arbeitsbereich des antretenden Bundesministers der Verteidigung dar?

Im Grunde sind doch keine weiteren Untersuchungen mehr notwendig; jedenfalls nicht, um die Feststellung zu erhärten, daß Herr von Hassel bei der Lösung der von ihm zu bearbeitenden Sachprobleme versagt hat. In diesem Fall kann es eigentlich keinen Zweifel geben. Hier gilt die These: Ministerwechsel, um der Lösung von Sachproblemen zu dienen. Gerade das aber will auch der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht, jedenfalls heute und morgen noch nicht. Er fühlt sich wahrscheinlich an Herrn Hecks Parole gebunden, die Partei müsse sich vor und neben ihrem Freund von Kassel stellen, da dieser für die Partei hervorragende Arbeit geleistet habe...

Es gibt zweifellos auch noch andere dringliche Sachprobleme, an die man während der gestrigen Sitzung gedacht haben mag. Ein solches Problem ist der Haushalt 1967, sogar ein sehr

schwerwiegendes Problem. Bisher behauptete nur der Bundeskanzler, daß gute Arbeit geleistet worden sei. Das Präsidium der CDU hält die gegenwärtige Vorlage nicht für gut, zahlreiche Politiker der Regierungsparteien haben ihre Kritik bereits geäußert. Der Wirtschaftsrat der CDU hält eine beträchtliche Kürzung der Ansätze für unbedingt notwendig. Übereinstimmend wird kritisiert, daß die Ausweitung des Haushalts nicht in den Grenzen der Zuwachsrate des Sozialproduktes bleibt.

Was also liegt näher als die Schlußfolgerung, daß der Kanzler und sein Kabinett eben dieses Sachproblem oder zutreffender das in Haushaltserwurf zusammengefaßte Bündel von Sachproblemen nicht zufriedenstellend gelöst haben. Gerade das ist umso schwerwiegender, als die Haushaltspolitik unbestritten ein außerordentlich wesentlicher Teil jeder Stabilisierungsbestrebungen sein muß.

Man könnte in diesem Zusammenhang manches Sachproblem zur Charakterisierung der Lage heranziehen. Zwoerlei wird in jedem Fall deutlich. Es bestätigt sich die lobenswerte These, daß die Lösung dringlicher Sachprobleme notwendigerweise Vorrang haben sollte. Es stellt sich zugleich aber gerade dann die Frage, warum die amtierenden Personen, die dringlichen Sachprobleme bisher so stiefmütterlich behandelt haben, zumal deren Dringlichkeit keine plötzliche Neuentdeckung sein kann.

So führt die These von der Vorrangigkeit der Sachfragen eben doch in die entscheidenden Personalfragen, selbst dann, wenn man das gerade jetzt nicht möchte. Und wer zweifelt daran, daß Minister von Hassel keineswegs die einzige Personalfrage aufwirft?

Es ist durchaus verständlich, daß der Fraktionschef Barzel ein äußerst düsteres Bild von der Lage seiner Partei gezeichnet hat und daß er gemeinsame Anstrengungen erbat, der Innen- und Außenpolitik der CDU/CSU klare Konturen zu geben.

Auch diese Einsicht ist begrüßenswert.

Sorgen des "Linken Flügels"

CDU-Sozialausschüsse an der Klagemauer

sp - Der linke Flügel in der CDU, repräsentiert durch den Bundesarbeitsminister Katzner und die Sozialausschüsse, steckt in großen Sorgen. Existenznöte haben ihn befallen. Der Schock des Wahlausganges in Nordrhein-Westfalen wirkt immer noch nach und führt zu einer Art von Gewissenserforschung, die bisher schon erstaunliche Erkenntnisse zeitigte.

Der Verlust von Arbeiterstimmen und Stimmen aus allen katholischen Bevölkerungskreisen berührt die Substanz der CDU. Hier vollzog sich eine Wählerumschichtung mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Unionsparteien. Die CDU-Sozialausschüsse haben stark an Boden verloren, ihr Einfluß auf die Arbeitnehmer ist im Schwinden. Auch innerhalb der Partei nimmt ihr Gewicht ständig ab, sie haben es mit Kräften und Strömungen zu tun, die ganz andere gesellschaftspolitische Vorstellungen verfolgen und sie auch durchzusetzen vermögen. Der einstige Gründer der CDU und der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, hat dies erkannt. Sein Wort, daß sich die CDU unter ihrem Vorsitzenden Erhard zu einer national-liberalen Partei entwickle, trifft gewiß den Kern. Was bleibt heute noch vom sozialen Gehalt der CDU? Er unterliegt einem ständigen Prozeß der Verdünnung.

In der "Ketteler Wacht", dem Organ der katholischen Arbeiterbewegung und in der Zeitschrift der CDU-Sozialausschüsse finden die Sorgen und Ängste über den sich verändernden Charakter der CDU ihren bewegenden Niederschlag. Die "Soziale Ordnung" weißt fest, die Resonanz der CDU in den Gewerkschaften und Betrieben sei reduziert worden, und sie warnt in diesem Zusammenhang davor, als Allheilmittel das "C" im Namen der Christlich-Sozialen Union zu sehen. Denn, so heißt es, "dies wäre hinderlich und eine bloße Flucht vor der Wirklichkeit, solange die Union immer stärker von einer stabilen konservativen Betrachtungsweise bestimmt wird". Den christlichen Kirchen, so meint die Zeitschrift, könne nicht zugemutet werden, sich in der unmittelbaren Nähe einer solchen Partei anzusiedeln.

Das sind noch vor wenigen Jahren unvorstellbare und für die Gewissenserforschung recht schmerzliche Erkenntnisse. Sie entspringen der Sorge um die Zukunft einer Partei, unter deren beherrschendem Einfluß die konservativ rückwärts gewandten Kräfte die Oberhand gewannen und die vom Geist der päpstlichen Sozialenzyklen weiter entfernt sind als die Erde vom Mond.

"Einarmige Banditen"

Münzspiel-Automaten auch in der Bundesrepublik "in Form"

H.M. - Geldspielautomaten, Musikboxen und andere Spielgeräte scheinen auf viele Menschen eine unwiderstehliche Anziehungskraft auszuüben. Es gibt in der Bundesrepublik kaum noch eine Gaststätte, in der man nicht für einen Groschen sein Glück versuchen oder seinen Lieblingsschlager "kaufen" kann.

Ursprünglich kamen die unterschiedlichen Formen der "automatischen" Unterhaltung aus den USA nach Deutschland. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich Geldspielautomaten, Musikboxen und sonstige Spielgeräte einen festen Platz im bundesdeutschen Gaststättengewerbe, in Kantinen und an anderen Orten erobert. Im eigentlichen Land ihrer Geburt, in den USA, tragen sie den wenig schmeichelhaften Beinamen "Einarmige Banditen". Und das gewiß zu Recht. Denn niemandem anderen bringen diese groschenzehrenden Apparate Glück und Vorteil als ihren Erzeugern, Vermietern und Aufstellern selbst.

- * Man schätzt, daß in der Bundesrepublik zur Zeit etwa 95 000
- * Münzspielautomaten aufgestellt sind. Es kommen 50- bis
- * 60 000 Musikboxen hinzu, die aus den einst gastlichen
- * Stätten die letzte Lärmpause lautstark vertreiben. Insgesamt hat die "Unterhaltung aus Automaten" dem einschlägigen Handel im letzten Jahr über 100 Millionen DM eingebracht.

Doch nicht nur die USA liefern diese "Einarmigen Banditen". Zwischenzeitlich hat sich auch bei uns eine Industrie mit scharfem Blick für das "Geschäft des Tages und mit Groschen" etabliert. Die inländische Produktion von Unterhaltungs- und Spielautomaten dürfte mittlerweile den Erzeugungswert von 60 Millionen DM jährlich überschritten haben. Die Hersteller hoffen, daß sie auch künftig mit ihren Geräten gut "in Spiel" bleiben werden. Ihre Absatzerwartung zielt auf den Verkauf von wenigstens 30 000 "Groschengrößern" jährlich, wobei man obendrein noch hofft, auch im Export bessere Ergebnisse als bisher erzielen zu können.

Immerhin scheint das "Glück" des automatischen Spiels nicht nur bei den Herstellern, sondern auch bei den Verbrauchern - sprich: Verlierern - "kalkulierbar" zu sein. Gewerberechtliche Bestimmungen aus dem Jahre 1953 legen fest, daß bei Spielautomaten die Spieldauer wenigstens 15 Sekunden betragen muß, der Einsatz auf 0,10 DM beschränkt wird und der Höchstgewinn 1,-- DM beträgt. Hieraus hat die Automatenindustrie errechnet, daß es "etwa 20 Stunden dauert, bevor ein Spieler 10,-- DM verloren hat". Beachtlicher Durchschnittsverdienst eines "Groschengäunners" mithin: eine halbe DM je Stunde.

Spaniens katholische Kirche in Bewegung

Öffentliche Diskussion über die Rolle der Kirche im Staat
ist nicht mehr aufzuhalten

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Wer heute durch die Straßen von Madrid wandert, wird auf Schritte und Tritt einem Phänomen begegnen, das er noch vor einem Vierteljahr kaum möglich gehalten hätte: die Zahl der Scouten-träger unter den spanischen Geistlichen nimmt merklich ab, während der katholische Kleriker in schwarzem und - man bedenke, welcher Wandel! - sogar im grauen Clergyman das Bild der belebten Hauptstraßen um einen modernen Farbtupfer bereichert. Seitdem der Vatikan dem "Clergyman" in ultrakonservativen Ländern wie Italien, Spanien, Portugal und den Republiken Lateinamerika "grünes Licht" gegeben hat, sind vor allem die jungen spanischen Geistlichen zum "Clergyman" übergegangen. Gegenwärtig wird dieses für hiesige Verhältnisse revolutionierende Kleidungsstück sogar von der spanischen Presse ausführlich diskutiert. Eine große Madrider Zeitung sammelt gegenwärtig Vorschläge, welches spanische Wort für "Clergyman" am besten angebracht wäre, denn man könne nicht auf ewig mit diesem "fremdländischen Zungenbrecher" für eine Alltagserscheinung auskommen.

Gärungsprozeß

Das ist eine Seite des modernen spanischen Lebens. Die andere, nicht minder interessante, ist der Gärungsprozeß in der spanischen Geistlichkeit, der darauf abzielt, die katholische Kirche nicht länger mit den "obwaltenden politischen Verhältnissen" zu identifizieren. Hier aber beginnen schon die Schwierigkeiten. Einige Zeit hindurch herrschte große Verwirrung über ein angebliches Tätigkeitsverbot für die Organisationen der Katholischen Aktion Spaniens, die in der Frage der Liberalisierung allzu furchtlos vorgeprescht waren. Die Bischofskonferenz hatte diese Organisationen "suspendiert", doch dann waren sie wieder nicht "suspendiert". Kaum ein Geistlicher konnte sich von dem Papierkrieg um die Katholische Aktion ein richtiges Bild machen - ein kirchenamtliches Kommuniqué hob das andere auf.

Richtungskämpfe

So sollte in der Madrider Arturo-Soria-Straße ein Katechetentreffen stattfinden, das sich mit politischen Fragen beschäftigt - das kirchliche Presseamt hatte vor diesem Treffen, das von "kirchenfremden Elementen geheim geplant" wurde, in einem nichtsagenden Kommuniqué gewarnt. Was sich bei dieser Zusammenkunft in Wahrheit abgespielt hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Doch stets bleibt die Erkenntnis, daß sich in Spaniens katholi-

scher Kirche Richtungskämpfe abspielen, von denen der Aufstehende wenig erfährt. Die "Neue Kirche", so wollten unterrichtete Madrider Kreise wissen, hatte wieder einmal eine Versammlung einberufen, in der mit den Gegnern der Liberalisierung in der Kirche "abgerechnet" wird. Im einst so monolithischen Gefüge der katholischen Kirche Spaniens sind die Fronten in Bewegung geraten; die neue politische und wirtschaftliche Wirklichkeit geht auch nicht spurlos vorüber, wenn es sich um die Neuorientierung im kirchlichen Raume dreht.

Forderungen junger Priester

Die von jungen Priestern organisierte "Aktion Moisés", die bereits am 25. Juli angelaufen ist, sollte bis zum 17. September stillschweigend über die Bühne gehen. Zweck dieser Aktion, die am 15. September ihren Höhepunkt in einer Konferenz in einem Exerzitionsheim in der Madrider Arturo-Soria-Straße erreichen sollte, ist nach der Aktion und dem von dieser befehligten Episkopat nahestehenden Kreisen eine massive Unterschriftenkampagne gegen die gegenwärtigen spanischen Oberhirten. Bis zum 17. September sollten in allen Diözesen bei Geistlichen und Laien Unterschriften gesammelt werden, die zusammen mit einem anklägerischen Dokument ins Ausland geschafft werden sollten. Die Unterschriften sollten auf jeden Fall notariell beglaubigt werden, ehe das Dokument an ausländische katholische Würdenträger ginge.

Dem spanischen Episkopat wird in diesem Dokument, das jetzt auch von der spanischen Presse veröffentlicht wurde, konkret vorgeworfen:

- * Sabotage der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils,
- * "Komplizität" mit der Staatsmacht und
- * Treulosigkeit gegenüber der eigenen Aufgabe.

Die hinter dieser Anklage stehende "Neue Kirche", ein loser Zusammenschluß moderner Geistlicher, verlangt:

- * Verzicht der Kirche auf alle vom Staat gewährten Privilegien
- * wie Befreiung vom Militärdienst, eigene Strafanstalten, monastisches Staats-Sälär von 3 000 Peseten (210 DM), besondere
- * Schutz der katholischen Religion usw.,
- * Verzicht auf die Steuerfreiheit und auf alle staatlichen Subventionen sowie auf die Immunität geistlicher Personen,
- * Klarstellung, daß Geistliche Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten eines solchen sind,
- * Abberufung aller Geistlichen aus dem Ständerparlament (Cortes) und aus den Beratungsgremien der Vertikalsyndikate,
- * Anwendung der uneingeschränkten Glaubensfreiheit für alle,
- * "Bewältigung der kirchlichen Vergangenheit" (Inquisition),
- * konsequente Durchführung der Konzilsbeschlüsse.

Die Kirchen-Hierarchie hat natürlich diese Aktion in Bausch und Bogen verdammt; die staatlichen Behörden gaben indessen nicht zu erkennen, ob sich jene Vorfälle des vergangenen Frühjahrs wiederholen werden, als in Barcelona bewaffnete Bereitschaftspolizisten etwa 150 demonstrierende Kleriker auf offener Straße verprügelten.